



Placebo Vertrauensstelle?

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

Mitte Mai 2015 wird ein Bundespolizist beschuldigt, in der Bundespolizeiinspektion am Hauptbahnhof in Hannover in mindestens zwei Fällen Flüchtlinge misshandelt zu haben. Er soll einen afghanischen Flüchtling gewürgt und an Fußfesseln herumgeschleift haben. In einem anderen Fall soll er einen Marokkaner erniedrigt und ihm verdorbenes Schweinemett verabreicht haben.

Es gibt keine Rechtfertigung für solche menschenverachtenden Handlungen und Äußerungen. Wenn polizeiliche Befugnisse missbraucht werden, zieht das den Polizeiberuf insgesamt in den Schmutz. Doch was ist, wenn sich die Vorwürfe als nicht zutreffend erweisen? Der Druck aus dem Parlament und über die Medien muss enorm gewesen sein, denn innerhalb einer Woche wurde entschieden: Die Bundespolizei braucht eine Vertrauensstelle.

Doch wir brauchen eine Behördenkultur, die auf Vertrauen basiert. – Denn: Wer „Feuer“ ruft, muss nicht der Brandstifter sein!

Der Bundesdisziplinarhof stellte bereits vor Jahrzehnten klar: Strafanzeige gegen einen Dienstvorgesetzten darf ein Beamter erst erstatten, wenn alle anderen Möglichkeiten, zu seinem vermeintlichen Recht zu gelangen, erschöpft sind (Urteil vom 9. Dezember 1963, Az.: I D 8/63, in: BDHE 7, 65–67). Die beamtenrechtliche Beratungs- und Remonstrationspflicht geht also vor. Aber der Dienstvorgesetzte kann den Nachgeordneten anzeigen (und auch hierbei sind Schranken zu beachten); umgekehrt läuft das nicht so einfach. Der untergebene Beamte muss seiner Beratungs- und Informationspflicht nachkommen und den nächsthö-

ren Vorgesetzten von der innerbetrieblichen (vermeintlichen) Straftat informieren; dieser hat dann die Pflicht, sein Ermessen auszuüben und zu entscheiden, ob er u. U. Strafantrag stellt oder nicht.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entwickelte 2009 fünf Grundsätze für die effektive Untersuchung von Beschwerden gegen die Polizei, die auf Artikel 2 und 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) basieren. Bei den Landespolizeien gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen im Umgang mit Ombudsmännern, Polizei- oder Parlamentsbeauftragten. Eingerichtet nach einigen Vorfällen mit medialem Nachhall sind diese genannten Einrichtungen in den Ländern unterschiedlich personell mit Juristen oder ehemaligen Polizisten besetzt. Auch ist ihre Aufgabenstellung verschieden: von der Erzeugung einer Beschwerdezufriedenheit oder Herstellung einer Transparenz im polizeilichen Handeln hin zur Analyse von Schwachstellen bzw. Fehlerbehebung.

Das Handeln und Unterlassen von Einzelnen weckte das mediale und parlamentarische Interesse. Vor Schlussfolgerungen oder gar Forderungen ist es wichtig festzustellen: Im Fall von Hannover funktionierte die Gewaltenteilung in Deutschland. Durch den Innenausschuss des Deutschen Bundestages wurde die parlamentarische Kontrolle ausgeübt.

Der Polizeiberuf genießt höchstes gesellschaftliches Ansehen. Die Menschen in diesem Land vertrauen der Polizei.

Die Absicht, eine Meldestelle einzurichten, setzt eine lückenlose Aufarbeitung aller Umstände voraus. Schon diese Absicht verdreht die Behauptung, die Bundespolizei habe kein strukturelles Problem, in ihr Gegenteil. Sie erweckt den Anschein eines Generalverdachtes gegenüber allen Beschäftigten. Charakterliche Defizite Einzelner sind nicht sympto-



Foto: F. Radke

matisch für alle. Doch welche Umstände, welche Atmosphäre, welches Klima begünstigen die Taten? Wie ist die lange Zeit des Schweigens, ohne Ursachenforschung, warum die Entwicklung unerkannt blieb oder verschwiegen wurde, zu erklären? Oder auch anders gefragt: Warum haben Vorgesetzte keine Zeit mehr für ein Mitarbeitergespräch? Hier setzt die Aufgabe des Sozialwissenschaftlichen Dienstes ein. Es sind die fachlichen Kompetenzen in der Bundespolizei vorhanden. Diese sind mit einzubeziehen. Dienstaufsicht kann dadurch Unterstützung im Erkennen von gruppenspezifischen Prozessen erfahren und Antworten auf Fragen finden, die sich nun stellen. Die Befähigung, Entwicklungen zu erkennen und ihre Folgen abzuschätzen, gehört weiterentwickelt und gefördert. Ohne eine Aufarbeitung der soziologischen und psychologischen Zusammenhänge bleibt die Vertrauensstelle ein Placebo, das nur auf politische Wirkung setzt, also letztendlich Parlamentarier und Berichtersteller der Leitmedien besänftigen soll, dafür allerdings die Mitarbeiterbefindlichkeiten vernachlässigt. – Wir sehen keine Notwendigkeit für die Einrichtung einer weiteren Instanz.



Langer Weg zu mehr Attraktivität

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

Das Kienbaum-Gutachten zur besseren Bewertung von Polizeiarbeit aus dem Jahre 1992 legte den Grundstein für unsere Forderung nach einer faireren Bewertung unserer Arbeit.

Für die Bundespolizei bedeutet dies, dass die besonderen Belastungen, die Schwierigkeit der Entscheidungen und die Konfliktträchtigkeit sowie das Qualifikationsniveau in der Stellenstruktur und die Bewertung

von Dienstposten besser zu würdigen sind. Obwohl diese Expertise über 20 Jahre alt ist, hat sich an ihren Schlussfolgerungen nichts verändert: Polizeiarbeit musste besser bewertet werden, denn gute Polizeiarbeit hat ihren Preis und muss fair bezahlt werden!

Die Rechtsprechung zu gebündelten Dienstposten durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) vom 30. 6. 2011 verlieh unseren Bemühungen eine weitere Dynamik. Wir lehnten eine „Aufschnürung“ der Bündelung der Dienstpostenbewertungen ab. Wir wollten als Grundlage eine faire Bewertung von Arbeit. Für eine aufgabengerechte Funktionsbewertung innerhalb einer polizeilichen Organisation sind nach unserer Auffassung jedoch tiefergehende und zusätzliche Kriterien notwendig. Es ist insbesondere zu bewerten, ob sich aus der Arbeitsorganisation besondere Belastungen ergeben oder welche Wechselwirkungen sich zwischen Funktionsausübung und Lebensbedingungen des Stelleninhabers auslösen. Also auch Antwort auf die Frage, in welchem Maße die dienstlichen Belastungen das Sozialleben einschränken? Daher gehören – nach unserem Verständnis – zu einem umfassenden Bewertungsmaßstab insbesondere folgende Punkte: Berufserfahrung, Komplexität der Funktion, Verantwortungsbreite, physische und psychische Belastungen sowie Arbeitsorganisation und soziale Rahmenbedingungen. Diese Punkte finden sich nun in der aktuellen Verfügungslage wieder. Wir haben in den Gesprächen auch den Bereich Tarif und Verwaltung im Blick: Für die Eingruppierung von Tarifbeschäftigten gilt, dass diese Bewertungen bei den Verhandlungen zur Ausgestaltung der Entgeltordnung miteinfließen und analog übertragen werden müssen. Aber auch der Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes muss Rechnung getragen werden, um die Funktionsfähigkeit der Bundespolizei zu gewährleisten. Denn die Unterstützungslieferung der Kolleginnen und Kollegen in Verwaltung und Tarif ist zweifelsohne deutlich mehr Anerkennung wert, als ihr bislang zuteil wird!

Nach den rechtlichen Voraussetzungen folgt nun deren konkrete Umsetzung in einem Stellenplan. Ein Durchbruch war der Entwurf im August 2014: Der vorgelegte Entwurf eines Organisations- und Dienstpostenplans (ODP) beinhaltete zwar immer noch Nachbesserungsbedarfe und bedarf personalwirtschaftlicher Umsetzung, doch er wies wesentliche Forderungen unseres GdP-Bezirksdelegiertentages 2010 auf. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens mit dem Bezirkspersonalrat meldeten einige Direktionen Bedenken zu den Bewertungsebenen an. Letztlich überzeugten unsere Argumente: Reduzierung der Bewertungsebenen, gleichwertige Bündelung der Stellvertreter bzw. Schaffung von Stellvertreterfunktionen. Die Schieflage zur Bereitschaftspolizei konnte beseitigt werden und der Ermittlungsdienst erhält eine größere Wertschätzung. Im Ergebnis werden im gehobenen Polizeivollzugsdienst die bisher sieben Bewertungsebenen auf drei reduziert. Nach dem Personalstrukturgesetz und den Attraktivitätsprogrammen wurde mit diesem Organisations- und Dienstpostenplan (ODP) ein „Bauplan“ für eine attraktive Bundespolizei geschaffen. Dazu gehören ein zeitgemäßes Laufbahnrecht und ein Personalentwicklungskonzept (PEK), das dem ODP Rechnung trägt. Darüber hinaus verursachen die im PEK geforderten Verwendungsbreiten einen beachtlichen Verwaltungsaufwand. Außerdem wird dadurch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erheblich erschwert und trägt nicht zur Attraktivität des Berufsbildes bei.

Die Sinnhaftigkeit ist infrage gestellt. Deshalb fordern wir hier die Änderung des Konzeptes. Wir werden nun an Nachbesserungen des ODP arbeiten. Wir werden uns dafür einsetzen, in weiteren Schritten zusätzliche Hebungen, zum Beispiel in Lagezentren, in den Stäben und in der Bundespolizeiakademie, zu erwirken.

Die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit ist nie vollständig erreicht. Sie bleibt ständiger Auftrag für uns als Gewerkschaft. Dieser Auftrag, das belegen die beschriebenen Abläufe, lässt sich nicht mit einem Antrag oder einem Anschreiben erledigen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



GEEHRT

Kreisgruppe Kiel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ehrte zwei Kollegen im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung.

Am 23. April 2015 fand die diesjährige gut besuchte Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe Kiel bei der Polizeidirektion für Aus-/Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei in Eutin statt. Neben den üblichen Aspekten einer Mitgliederzusammenkunft diskutierten die anwesenden Kolleginnen und Kollegen sehr ausführlich zu aktuellen Themen in



Ehre, wem Ehre gebührt. Dank an Jörg Worsch (links) für dessen 40-jährige GdP-Zugehörigkeit sowie ...

der Bundespolizei. Hierzu gehörten: Beförderungen, Dienstpostenneubewertungen, Altersstruktur, personelle Ausstattung und Belastung, um die Wichtigsten zu benennen. Aber auch Themen aus dem Kreis der Senioren wurden besprochen und auch für weitergehende Gespräche und Verhandlungen mit aufgenommen. Wie in jedem Jahr „unterbrach“ das sogenannte „Currywurstessen“ die Versammlung und führte zu vielen netten Gesprächen zwischen Alt und Jung.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung ehrte der Vorsitzende der Kreis- und Direktionsgruppe Küste, Dirk Stooß, den Kollegen Frank Gabriel für 25 Jahre und den Kollegen Jörg Worsch für 40 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei mit Ehrenurkunde, Anstecknadel und einem Präsent. Der GdP-Vorsitzende übermittelte auch die allerbesten Grüße des GdP-Bezirksvorsitzenden Jörg Radek. Dirk Stooß machte in einer kurzen Rede deutlich, dass jedes

Mitglied – egal ob aktiv oder passiv – einer Gewerkschaft wichtig ist, um die gesteckten Ziele bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände zu erreichen. Dabei ist es heute nicht mehr selbstverständlich, sich über so viele Jahre in einer Gewerkschaft zu organisieren. „Wir wünschen euch Gesundheit und Wohlergehen und danken für euer Engagement und langjährige Treue“, so Dirk Stooß abschließend. Diesen guten Wünschen und dem Dank schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals recht herzlich an.



... an Frank Gabriel (links) für seine 25-jährige GdP-Zugehörigkeit durch Dirk Stooß (jeweils rechts im Bild).
DS Fotos: GdP

PROBLEMBEWUSSTSEIN SCHAFFEN

Die Kreisgruppe (KG) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bad Bergzabern im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) beteiligte sich erneut an der jüngsten DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Landau.

Aufgrund des schlechten Wetters fand diese im protestantischen Gemeindehaus neben der Stiftskirche statt. Der KG-Vorsitzende Michael Koch-Erlenwein würdigte im Gespräch mit der lokalen Presse insbesondere die Verdienste unseres Kollegen Guido Kuhn, der zum wiederholten Mal als Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Südpfalz die Organisation der Mai-Kundgebungen verantwortete. Guido Kuhn lud als Referenten zum Thema „Gute Arbeit. Soziales Europa“ den SPD-Bundestagsabgeordneten Thomas Hitschler sowie den 1. Bevollmächtigten der IG-Metall, Uwe Schütz, aus Neustadt ein.

Zur Frage, worin er den Sinn solcher 1.-Mai-Kundgebungen sehe, erklärte Michael Koch-Erlenwein als Verantwortlicher für den GdP-Informationstand, dass der 1. Mai seiner Kenntnis nach wohl der einzige Feiertag sei, der in allen Erdteilen am selben Tag gefeiert werde. Für ihn sei dies ein Zeichen, dass man weltweit um die Bedeutung menschlicher Arbeit wisse, auch wenn vielerorts das Einkommen der Arbeitnehmer und deren Rechte (etwa die Kollisionsfreiheit) zu diesem Wissen noch in einem krassen Missverhältnis stünden. Der Bad-Bergzaberner GdP-Chef sieht zum Aufarbeiten solcher Missverhältnisse noch einen langen Weg für Politik und Gewerkschaften, aber auch optimistisch stimmende Signale. Das gelte beispielsweise für den Mindestlohn, den die Bundesregierung am 1. Oktober 2014 in Kraft gesetzt habe. Wer auch immer an diesem Gesetz Nachbesserungsbedarf feststelle, der solle sich doch stets der zugrunde liegenden Idee erinnern: Jeder in Vollzeit beschäftigte Arbeitnehmer, speziell auch die Tarifbeschäftigten bei der Bundespolizei, sollen von ihrem Einkommen menschenwürdig leben können. Diesen Gedanken gelte es beispielsweise konkret in der Südpfalz – wie auch überall sonst –, in Gesprächen mit den Gewerkschaftsständebesuchern ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.



Mal sehen, was der Papa macht: Michael Koch-Erlenwein mit Töchterchen am Landauer Stand der GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern.
Foto: Hans Hornung

MK



GEWERKSCHAFT VOR ORT**1.-Mai-Einsatzbetreuung in Neubrandenburg:**

Besuch bei Einsatzkräften der Bundespolizeiinspektion Stralsund (BPOLI HST) und der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) der Bundespolizeidirektion (BPOLD) Bad Bramstedt (BBS). Die Einsatzkräfte staunten nicht schlecht, als Stephan Lange (2. v. links – im Bild mit MKÜ-Angehörigen), der als Vorsitzender der Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sowie als Vorsitzender des Örtlichen Personalrates der Bundespolizeiinspektion Stralsund Verantwortung trägt, bei ihnen im Einsatzraum „aufschlag“ und „Nervennahrung“ verteilte. Insgesamt handelte es sich an diesem Tag um keinen leichten Einsatz für unsere Kräfte der Bundes- und Landespolizei, da es auch immer wieder zu Störungen kam. Bereits bei der Anreise aus Stralsund gab es unterschiedliche Auseinandersetzungen mit unseren Einsatzkräften und auch am Bahnhof in Neubrandenburg kam es immer wieder zu Einsatzanlässen. – GdP: Immer für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort im Einsatz! **DS**



Foto: GdP

EINSATZBETREUUNG

Anlässlich der G7-Außenministerkonferenz in der Hansestadt Lübeck Mitte April 2015 beteiligte sich die Direktionsgruppe (DG) Küste der Gewerkschaft der Polizei (GdP) personell an den Betreuungsmaßnahmen des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein. Unser GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow war ebenfalls vor Ort, erkundigte sich bei den Einsatzkräften und nahm sich auch die Zeit zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der DG Küste, Dirk Stooß (im Bild unten im Gespräch mit Einsatzkräften aus Dudenstadt) zu aktuellen Themen der Bundespolizei. Ebenfalls vor Ort waren der Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, Martin Schilff, sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Bundespolizei, Waltraut March, und auch der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Ratzeburg, Maik Prehn, um selbst mit in die Einsatzbereiche zu fahren und mit den Einsatzkräften Gespräche zu führen. Neben der Betreuung in Lübeck wurden auch Polizeikräfte, die in Pasewalk, Rostock, Puttgarden und Flensburg in den Einsatz eingebunden waren, durch die GdP-Kreisgruppen der DG Küste betreut. **DS**



Foto: GdP

NACHRUFE

Am 30. April 2015 verstarb im Alter von 65 Jahren unser Kollege

Peter Haubold

Unser tiefes Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden den Hinterbliebenen, mit denen wir gemeinsam um den schmerzlichen Verlust trauern.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Jörg Günther – für die GdP-Kreisgruppe Chemnitz

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Peter Fähmann

der am 6. April 2015 im Alter von 61 Jahren verstarb. Wir trauern um einen hoch geschätzten Kollegen, der in seiner aktiven Zeit Angehöriger der Bundespolizei See in Neustadt war.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dirk Stooß – für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Michael Alka – für die GdP-Kreisgruppe Küste



BUNDEBEREITSCHAFTSPOLIZEI 2015

Eine gescheiterte Vision?

Von Heinz Selzner, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei

2008 – Die Vision

„Bereitschaftspolizist 2015“ ...

Als 2008 die Neuorganisation der Bundespolizei erfolgte, war eines der Ziele, die Bundesbereitschaftspolizei (BBPOL) durch die Zusammenfassung aller Bundespolizeiabteilungen in einer Direktion zu stärken. Damit sollte insbesondere die Rolle von Bundesbereitschaftspolizeiabteilungen als „Steinbruch“ für andere Aufgabenbereiche der Bundespolizei beendet werden. Aber auch andere Ziele – wie ein besseres Kräfte-Management und die Verbesserung der Einsatzstandards – sollten damit erreicht werden. Der Präsident der Bundesbereitschaftspolizei, Friedrich Eichele, erfand damals das Projekt „Bundesbereitschaftspolizist 2015“.

Sein Ziel war es, durch Training und eine Verbesserung der Ausstattung die Bundesbereitschaftspolizisten für die Herausforderungen der künftigen polizeilichen Aufgaben fit zu machen. Mit dieser Ausrichtung, auf die polizeiliche Entwicklung der Einsatzbereiche vorbeugend zu reagieren, lag er nicht falsch. – Dies zeigt die seit mehreren Jahren anhaltende Diskussion über zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte.

Die Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützte Friedrich Eicheles Ziel von Anfang an. Und auch in der Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einer Angleichung der Dienstpostenbewertung an den Einzeldienst war man sich einig.

Erste Erfolge hinsichtlich einer personellen Konsolidierung der BBPOL traten in 2010 ein. Auch hinsichtlich der persönlichen Ausstattung sowie der Beschaffung neuer Führungs- und Einsatzmittel gab es durchaus Verbesserungen.

Mit einer relativ guten Einsatzstärke erfolgte ein gutes Kräfte-Management. Es schien, als sei man auf einem guten Weg. Und endlich ist auch die Neubewertung der Dienstposten in mehreren Schritten erfolgt.

2015 – Die gescheiterte Vision?

Wo steht die BBPOL heute? – Im Bezug auf die personelle Stärke ist sie schwächer aufgestellt denn je. Die Einsatzeinheiten sind faktisch in der „Antrestärke“ um die Hälfte reduziert. Die BBPOL unterstützt in fast allen Aufgabenbereichen der Bundespolizei. Besonders zu Buche schlägt dabei die Unterstützung am Frankfurter Flughafen, an den Grenzen im Bereich der Bundespolizeidirektion München und bei der Ausbildung des 2. Dienstjahres.

Die Ausbildung in den Standorten der Bundespolizeiabteilungen erfordert nicht nur personelle Unterstützung. Zusammenrücken ist angesagt, weil die Standorteinrichtungen wie Sport- und Ausbildungsstätten mit den Auszubildenden geteilt werden müssen. Übernachtungsmöglichkeiten nach Einsätzen mit ungeplantem Verlauf oder bei Bereitschaften stehen, wenn überhaupt, nur noch in unzureichendem Umfang zur Verfügung.

Auch neue Aufgaben werden geradezu selbstverständlich bei der BBPOL angesiedelt. Der Ausbau der Internationalen Einsatzeinheiten und der Aufbau der sogenannten Anti-Terror-Einheiten wird die Bundesbereitschaftspolizei weiter belasten. Sicher, es sind viele engagierte Kolleginnen und Kollegen bereit, in diese Aufgabenfelder zu gehen. Aber wer denkt eigentlich noch an den Rest? – Es muss auch noch eine ganz normale Bundesbereitschaftspolizei geben! Die immer weniger werdenden Kolleginnen und Kollegen in den Einsatzeinheiten haben besonders schwer unter der Belastung der BBPOL zu leiden. Die Häufigkeit der Einsätze und vor allem die durch die geringe Personalstärke immer schlechtere Planbarkeit von Einsätzen belasten diese Beschäftigten und ihre Familien in einem besonders hohen Maße. Und ein Ende ist nicht absehbar. Personelle Verstärkung durch Absolventinnen und Absolventen aus der Laufbahnausbildung ist seit Jahren nicht oder nur in sehr geringem Maße erfolgt. Anzeichen für eine Verbesserung der personellen Situation sind nicht erkennbar.



Foto: GdP

Wohin geht der Weg der Bundesbereitschaftspolizei?

Diese Frage wird zunehmend an und auch von Führungskräften der BBPOL gestellt. Und natürlich auch an uns, als GdP. So manche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschleicht das Gefühl, dass man kein Interesse mehr an Bereitschaftspolizei hat; und schon gar keine Vision. Das Gefühl, ausgenutzt, aber nicht gemocht zu werden, nagt am Selbstwertgefühl und führt zur Verunsicherung. Ist eine geschwächte Bundesbereitschaftspolizei bei der aktuellen Sicherheitslage zu verantworten? Darf die Bundesbereitschaftspolizei im Verbund der Bereitschaftspolizeien mit immer geringeren Stärken agieren? Darf alles an zusätzlichen neuen Aufgaben nichts kosten? Darf innere Sicherheit der schwarzen Null geopfert werden? Dürfen die Bundesbereitschaftspolizei und die Menschen, die dort arbeiten, kaputt gemacht werden?

Die Politik muss sich endlich diesen berechtigten Fragen unserer Polizistinnen und Polizisten in der Bundesbereitschaftspolizei, aber auch der Bürgerinnen und Bürger stellen.



GEEHRT

Mit besonderer Freude konnte Roland Braun, der Vorsitzende der Direktionsgruppe Präsidium der Gewerkschaft der Polizei (GdP), das „GdP-Urgestein“ Manfred (Manni) Gidionsen für dessen 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum am Rande der letzten Sitzung des Potsdamer Gesamtpersonalrates ehren. Zusammen mit Herfried Lankhorst, dem Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Potsdam sowie Schriftführer der GdP-Direktionsgruppe Präsidium, und Carsten Ordner, dem Kassierer der GdP-Direktionsgruppe Präsidium, überreichte er die Dankurkunde und ein Weinpräsent.

Diese Ehrung hätte eigentlich schon vor einem Jahr stattfinden können, musste aber wegen einer Erkrankung von Manni verschoben werden. Gott sei Dank hat er sich inzwischen so gut erholt, dass er nach einer längeren „Zwangspause“ wieder nach Potsdam reisen und an der Sitzung des Gesamtpersonalrates teilnehmen konnte.

Wir danken unserem Manni für seine langjährige Gewerkschaftstreue und wünschen ihm alles Liebe und Gute, vor allem beste Gesundheit, damit er sein letztes Dienstjahr und den anschließenden Ruhestand vollumfänglich genießen kann. Diesen guten Wünschen und dem Dank für die gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournal ganz herzlich an.

Der Vorstand der GdP-Direktionsgruppe Präsidium

Dank und Anerkennung für den Geehrten im Kreise „seiner“ Vorstandsmitglieder. Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): Carsten Ordner, Roland Braun, Manfred Gidionsen sowie Herfried Lankhorst.

Foto: GdP

POLITISCHE GESPRÄCHE

Unsere Arbeit im politischen Raum: Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Gespräch mit dem Mitglied des Bundestags (MdB), Frank Junge, in Wismar.

Frank Junge (SPD) traf sich mit den GdP-Vorstandsmitgliedern der Direktionsgruppe Küste und Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern, Dirk Stooß, Holger Jungbluth sowie Stephan Lange, in seinem Wahlkreisbüro in Wismar. In angenehmer Atmosphäre wurden viele Themen diskutiert und eine weitere Zusammenarbeit sowie gemeinsame Gespräche vereinbart. Der Abgeordnete interessierte sich für die Auswirkungen der Neuorganisation der Bundespolizei und deren konkrete personelle Wechselwirkungen für das Land Mecklenburg-Vorpommern in den letzten sieben Jahren. Der bis heute andauernde schleichende Personalabbau von Kolleginnen und Kollegen im operativen Bereich zieht – neben vielen anderen Komponenten – nach Auffassung der GdP-Vertreter gravierende Auswirkungen zur Aufgabenwahrnehmung in den jeweiligen Bundesländern nach sich. Und zwar dergestalt, dass es zu einem Rückzug der Bundespolizei aus der Fläche kommt und somit auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Einwohner, aber auch der vielen Touristen tangiert wird.

Weitere Themen wie die Überalterung des Personalkörpers, die überschrittenen Belastungsgrenzen für unsere Kolleginnen und Kollegen, die ständigen Anforderungen zu Fußballeinsätzen und die Migrationsströme wurden ebenso ausführlich erörtert wie die steigende Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft des polizeilichen Gegenübers.

Einen wichtigen Tagesordnungspunkt nahmen auch Erörterungen zum Haushalt 2015/2016 und dessen unmittelbare Auswirkungen auf die Bundespolizei, insbesondere auf die Seekomponente, ein. Derzeit findet sich die Neubeschaffung von drei Einsatzschiffen für die Bundespolizei See nicht mehr in den Haushaltsentwürfen wieder; dies hat nach gewerkschaftlicher Einschätzung katastrophale Auswirkungen. Die Bundespolizei See ist die einzige Behörde, die an 365 Tagen, 24 Stunden auf Nord- und Ostsee präsent ist und die Aufgabenerfüllung auf hoher See wahrnimmt. – Dabei muss es auch zukünftig bleiben. Frank Junge sieht dies genauso und sagte zu, die GdP-Forderungen zu unterstützen und damit auch in die Gremienarbeit seiner Partei einzubringen. Der SPD-Politiker will sich auch ein Bild vor Ort machen und mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses hierzu sprechen. Alles in allem: Ein sehr erfahrungsreicher Nachmittag, bei dem Klartext gesprochen wurde.

DS

VORSICHT GLOSSE – NEUES VON POM FRITZ

Sicherlich hat man sich schon gewundert, dass man in den letzten Monaten nichts von mir gelesen hat. Ich war fast drei Monate krank und als ich jetzt wieder in den Dienst kam, wurde mir mitgeteilt, dass ich nicht befördert werde, weil ich ja so lange krank war.

„Das ist ein Beförderungshindernis“, meinte mein Chef. Ich denke, dass ich wohl als POM in den Ruhestand gehen werde. Kann man wohl nichts machen ...

Aber bei was anderem könnte man doch was machen. Neulich war ich nämlich in einem Fußballeinsatz mit unserer Einheit eingesetzt und das

war echt ärgerlich. Ich bin ja nun schon eine Zeit bei der Bundespolizei und habe auch noch Zeiten mitgemacht beim BGS, wo in Einsätzen einiges nicht zum Besten bestellt war. Bei Castor-Einsätzen waren die Unterkünfte schlecht und es kam vor, dass die Verpflegung mangelhaft war; besonders als eine Catering-Fir-



VORSICHT GLOSSE – NEUES VON POM FRITZ

ma das Essen mal hergestellt hat. Dank des Engagements der Personalvertretung – und natürlich der GdP – ist es gelungen, dass die Beschwerden stark zurückgegangen sind und eigentlich alles zu unserer Zufriedenheit geregelt war. Die Unterkünfte sind jetzt okay und bei der Verpflegung ist auch alles im Lot. Natürlich kein 3-Sterne-Koch-Essen, aber reichlich und gut.

Seit ein paar Monaten stellen wir aber fest, dass es hier und da knirscht und das ist scheiße; im wahrsten Sinne des Wortes. Denn bei Einsätzen, bei denen wir einigen Direktionen unterstellt sind, verweigert man uns den Zugang zu den Toiletten der Inspektion, stellt Toilettenhäuschen auf, die aber dann noch von jedem, der

vorbeikommt, benutzt werden können und entsprechend aussehen.

Kompliziert wird es aber dann auch noch, wenn man mit der Körperschutzausstattung auf den „Topf“ will bzw. muss. Das ist dann so in etwa wie früher der Kettenmann im Zirkus: Der hat stundenlang gebraucht, bis er sich aus den Ketten befreit hat, und heute geht es uns auch so, denn die Toilettenhäuschen sind ziemlich eng. Bevor man da aus den Klamotten ist ... – Na ja, Sie können sich ja denken, was im Extremfall passiert.

Zum einen finde ich es nicht gut, dass die Kollegen in den Inspektionen das zulassen, denn wer uns als Unterstützung anfordert, der hat auch die Pflicht, uns nicht zweitklassig zu behandeln. Und wenn es doch nicht

anders geht, dann sind größere Toilettenhäuschen und vor allen auch welche in ausreichender Zahl eine Fürsorgepflicht.

Mein Chef sagt das auch und hat zuletzt in einem Einsatz lautstark dafür gesorgt, dass wenigstens unsere Frauen die Toiletten in der Inspektion nutzen durften. Wer ihn kennt, der kann sich das vorstellen und hat jetzt noch Ohrensausen.

Der Präsident der Bundespolizei, der Herr Dr. Romann, spricht gerne von der „Familie Bundespolizei“ und ich finde das wirklich gut. Bei uns in der Familie zu Hause und auch bei meinen Eltern musste aber niemand meiner Geschwister ein Toilettenhäuschen benutzen. Die durften alle in unserer Wohnung aufs Klo!

TARIFBEREICH

Denn sie wissen nicht, was sie tun

Von Peter Ludwig, Vorsitzender der GdP-Tarifkommission, Bezirk Bundespolizei

Bei der Überschrift handelt es sich um einen Spielfilmtitel aus dem Jahre 1955 mit James Dean in der Hauptrolle, der in diesem 50er-Jahre-Drama als Rebell um Liebe und Anerkennung ringt. U. a. wurden die Probleme einer verlorenen Generation in der Gesellschaft explizit thematisiert.

Nun will ich keinen Filmkommentar abliefern, aber die Bilder gleichen sich. Mitte Mai 2013 sollten wir uns als GdP-Tarifvertreter zu einem Gespräch mit dem Präsidenten der Bundespolizei treffen. Da dieser jedoch keine Zeit für uns fand, führten wir die Erörterungen mit dem Vizepräsidenten, Dr. Palm, im Beisein der Abteilungsleiterin 7, Frau Meuser, und dem Abteilungsleiter 6, Herrn Mayer. Die Vielfalt des Erörterten wurde auf unserer Homepage ausführlich dargestellt. Die GdP-Tarifkommission ist auch nicht als Rebell „unterwegs“. Dennoch thematisierten wir immer wieder Missstände und Ungerechtigkeiten. Als Beschäftigte „ringen“ wir um Anerkennung unserer erbrachten Leistungen, da wir nur wenig „Liebe“ seitens des Arbeitgebers verspüren. Wie sonst kann es sein, dass nach wie vor die Eingruppierungsproblematik nicht zur Zufriedenheit geklärt ist. Die Entgeltordnung (EGO) ist

bereits seit dem 1. Januar 2014 in Kraft, aber immer noch nicht umgesetzt. Es wird sich hinter dem Ergebnis einer Arbeitsgruppe verschanzt, obwohl bereits im Herbst 2013 und erst recht im Frühjahr 2014 klar war, wohin „die Reise geht“. Es war bereits erkennbar – und ist es nach wie vor –, wie viele Höhergruppierungen es geben wird. Wie lange soll dieses Hinhalten noch andauern?

Beschämend ist geradezu die Eingruppierung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen nach ihrer Ausbildung. Vergleichbare Kolleginnen und Kollegen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) – und bekanntlich gehört auch die Bundespolizei dazu –, werden schon aufgrund ihrer Ausbildung in ihren Berufen in die Entgeltgruppe (EG) 5 eingruppiert. Die Verantwortlichen in den Behörden der Bundespolizei und im Präsidium sehen das allerdings anders. Sie wollen es nicht. Stattdessen werden diese jungen Menschen mit der EG 3 (Hilfsarbeitertätigkeiten) „abgespeist“. – Somit ist ein Abwandern zum Land bzw. zur Kommune vorprogrammiert. Um diesem Abfluss aus der Bundespolizei vorzubeugen, fordern wir das Bundespolizeipräsidium auf, dass dieser Art der Eingruppierung ein Ende gesetzt wird und unseren jungen



Foto: GdP

Beschäftigten eine ihrer Berufsausbildung entsprechende Wertschätzung zuerkannt wird. Mit Einführung der EGO wurde eine Vielzahl von Tätigkeitsmerkmalen den neuen Gegebenheiten der Bundespolizei angepasst (IuK-Bereich, Meister) bzw. modifiziert. Viele Kolleginnen und Kollegen gehen jetzt davon aus, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird und sie eine Höhergruppierung erfahren.

An den Verhandlungen zu Teilen der neuen EGO nahmen neben den Vertretern der GdP auch Verantwortliche des

Fortsetzung auf Seite 8



TARIFBEREICH

Fortsetzung von Seite 7

Präsidiums (Abteilung 7) teil. Neben kontroversen Diskussionen gab es auch Übereinstimmung. Man verständigte sich z. B. darüber, dass auf besondere Tätigkeitsmerkmale, die nicht mehr als besondere Tätigkeitsmerkmale im Bereich des BMI der EGO vorhanden sind und auch nicht über andere Teile abgebildet werden, sich jedoch in den besonderen Tätigkeitsmerkmalen des Bundesverteidigungsministeriums widerspiegeln, bei Eingruppierungen/Höhergruppierungen zurückgegriffen werden kann. – Bedauerlicherweise wollen sich die Vertreter des Präsidiums nicht mehr an diese gemeinsame Vereinbarung erinnern. Problembehaftet ist auch die Frage der Arbeitsplatz-

bewertung. Mittlerweile gibt es bereits Rechtsprechung, wie eine solche Arbeitsplatzbewertung vorzugsweise vorzunehmen ist. Nicht nur die GdP-Tarifkommission, auch das Bundesverwaltungsamt (BVA) und andere, die sich mit dieser Thematik befassen, empfehlen die Einrichtung von paritätisch besetzten Bewertungskommissionen. Die gegenwärtige Praxis aus Potsdam, den jeweiligen Vorgesetzten aufzufordern, eine Tätigkeitsdarstellung zu erstellen, ist sicherlich aufgrund der Berufs- und Praxisnähe nachvollziehbar und nicht zu beanstanden. Dass diese Bewertungen dann aber im Präsidium – ohne ein Arbeitsplatzinterview vor Ort und mit den handelnden Personen zu führen – durchgeführt wird, ist beanstandungs-

würdig und führt immer wieder bei Eingruppierung/Höhergruppierung zur Nichteinigung zwischen den Parteien. Der gegenwärtig laufenden Verfahren an unterschiedlichen Gerichten zu Eingruppierungs-/Höhergruppierungsfragen hätte es nicht bedurft, wenn die Arbeitgeberseite den BVA-Empfehlungen gefolgt wäre. Wir fordern die Führung unseres Bundespolizeipräsidiums auf, endlich eine paritätisch besetzte Bewertungskommission einzusetzen. Es kann nicht sein, dass nur einseitig darüber bestimmt wird, wie viel Entgelt gezahlt wird. Das Tarifrecht und Personalvertretungsrecht sehen dies auch nicht vor. Durch einseitiges Handeln kommt die Demokratie im Tarifrecht zum Erliegen; schlimmstenfalls schafft sie sich ab.

NEUWAHL

Dreiundneunzigste Schwerbehindertenvertretung in der Bundespolizei gewählt:



Neu im Amt: Jan Sönksen (Bildmitte), umrahmt von Wahlleiter Dirk Buchmann (links) sowie Kai Abeln (rechts) von der Bezirksschwerbehindertenvertretung, die beide zur Amtsübernahme der neu gewählten Interessenvertretung herzlich gratulieren.

Foto: AS

Anfang Mai 2015 fand die Wahl der Schwerbehindertenvertretung beim Bundespolizeipräsidium, Bundespolizei-Fliegergruppe, in Stankt Augustin statt. Als Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen bei der Fliegergruppe wurde Jan Sönksen gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm (in dieser Reihenfolge) Andreas Pawlowsky und Achim Rarey zur Seite. Wir gratulieren der neu gewählten Interessenvertretung recht herzlich und wünschen für die anspruchsvolle Aufgabe viel Erfolg

und gutes Gelingen. Ein besonderer Dank ergeht an Dirk Buchmann, der in harmonischer Weise die Wahlversammlung leitete.

Damit achtet innerhalb der Bundespolizei neben den Gesamt-, Bezirks- und Haupt-schwerbehindertenvertretungen eine weitere (örtliche) Schwerbehindertenvertretung auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen beim Umgang mit behinderten Menschen. Diese Aufgabe nimmt durch die demografische Entwicklung innerhalb unserer Gesellschaft und durch die derzeitige angespannte Personalsituation innerhalb der Bundespolizei stets an weiterer Bedeutung zu. Die Schwerbehindertenvertretungen setzen sich für Integration und Inklusion von körperlich, geistig oder seelisch erkrankten Kolleginnen und Kolle-

gen in der Bundespolizei ein. Sie beraten und unterstützen diesen Personenkreis und fördern die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Ausbildungs- und Arbeitsprozess.

HS

GELEBTE VL-ARBEIT

Bereits Ende des vergangenen Jahres trafen sich 18 Vertrauensleute (VL) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einer Arbeitstagung im Bischof-Theissing-Haus in Teterow.

Kolleginnen und Kollegen aus den Bundespolizeiinspektionen Rostock, Stralsund, Pasewalk und den dazugehörigen Revieren sowie der Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) Rostock (Foto) waren vertreten. Neben dem Austausch von News erfolgten auch angeregte Diskussionen zu Verbesserungen in der Gewerkschaftsarbeit. Kritikpunkte wurden erörtert und bereits gelungene Aktionen gelobt. Das Seminar fand einen sehr guten Anklang und großer Dank gebührt – auch auf diesem Weg – den Organisatoren Frank-Michael „Erwin“ Cleve und Stephan Lange.

Anja Hiller



Foto: GdP

